

15 Punkte für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort

Forderungen des Verbands der Unternehmerinnen (VdU) zur Bundestagswahl 2025

Januar 2025

Deutschland braucht einen Aufbruch – es ist Zeit für klare Entscheidungen: Rahmenbedingungen für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort.

Unser Land steht an einem entscheidenden Wendepunkt. Der Wirtschaftsstandort kämpft mit gravierenden strukturellen Herausforderungen: einem dramatischen Fach- und Arbeitskräftemangel, einer schleppenden Modernisierung der Infrastruktur, wachsender Bürokratie und ungewisser sowie teurer Energieversorgung. Gleichzeitig stehen wir vor ungeahnten geopolitischen Herausforderungen. Internationale Wettbewerber setzen mit Innovationskraft, konsequenter Reformpolitik und Mut neue Maßstäbe damit Deutschlands Wirtschaft zudem unter Druck.

Die nächste Bundesregierung muss entschlossen handeln und ehrliche Debatten führen, um Deutschlands Wirtschaft nicht nur wieder wettbewerbsfähig, sondern zukunftssicher zu machen. Dabei müssen wir zurück zu einer Politik finden, bei der sich Arbeit wieder lohnt – als Quelle von Wertschätzung, Wohlstand, Zusammengehörigkeit und Zukunftsperspektiven.

Umbruch und Herausforderungen öffnen auch Raum für Neues, für Mut und für Besinnung auf unsere Stärken. Bürokratieabbau, Investitionen in moderne Infrastrukturen und verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmertum und Innovation sind unverzichtbar. Ein zentraler Schlüssel für wirtschaftliche Stabilität liegt in der Stärkung der Erwerbstätigkeit von Frauen: Steuerliche Fehlanreize müssen beseitigt und Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit und paritätischere Aufteilung der Sorgearbeit geschaffen werden. Nur so kann das volle Potenzial der Arbeits- und Innovationskraft in unserem Land gehoben werden.

Deutschland kann es besser – mit klaren Reformen und einem mutigen Gestaltungswillen. Die 15-Punkte-Agenda des Verbands der Unternehmerinnen bietet konkrete Maßnahmen, um die Weichen für eine leistungsfähige, nachhaltige und innovative Wirtschaft zu stellen. Es ist Zeit, Deutschland wieder nach vorn zu bringen und das Gütesiegel „Made in Germany“ wieder mit Inhalt zu füllen.

Die 15 Kernforderungen des VdU sind:

Echter Bürokratieabbau wäre Mittelstandspolitik im besten Sinne.

1. Bürokratie vereinfachen und verstärkt abbauen, sowie unzeitgemäße Regulierungen modernisieren.
2. Einrichtung eines „One-Stop-Shop“ für Unternehmen und Bürger*innen: Ziel ist die Zentralisierung behördlicher Dienstleistungen in einer Plattform, die sämtliche Anträge und Genehmigungen vereint und digital abwickelt. Solche Plattformen könnten die Anzahl an behördlichen Wegen deutlich reduzieren und Anträge beschleunigen.
3. Digitalisierung und die Integration von KI-basierten Lösungen sind der Schlüssel für einen effizienten Bürokratieabbau.
4. „Bürokratie-TÜV“ für alle Gesetzesentwürfe: Alle neuen Gesetzesvorlagen werden auf ihren Bürokratieaufwand hin geprüft. Ein unabhängiges Gremium bewertet die Notwendigkeit und Effizienz von neuen Regulierungen und entwirft ggf. Alternativen, die den Verwaltungsaufwand minimieren.
5. Verlässliche und planbare Politik schafft die Rahmen und nicht Hürden und baut auf das Vertrauen in Unternehmer*innen als Zukunftsgestalter*innen.

Energie ist das Lebenselixier der deutschen Wirtschaft und muss somit zuverlässig und bezahlbar verfügbar sein.

6. Wettbewerbsfähige Energiepreise sichern
 - a. Stromsteuer auf das europäische Minimum absenken
 - b. Netzentgelte bundesweit harmonisieren
 - c. stabile Rahmenbedingungen schaffen, um Planungs- und Investitionssicherheit für Unternehmen zu gewährleisten.
7. Ausbau erneuerbarer Energieerzeugung und -speicherung in den Unternehmen vereinfachen

Fach- und Arbeitskräfte sind der Antrieb einer funktionierenden Wirtschaft. Ohne ausreichendes und qualifiziertes Personal gerät der Motor ins Stocken – Frauen sind mehr als eine stille Reserve!

8. Strukturelle Rahmenbedingungen und steuerliche Fehlanreize, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erschweren oder den Erwerbsumfang von Frauen behindern, beseitigen: Dazu gehören der in Teilen Deutschlands noch immer mangelhafte Ausbau flächendeckender, qualitativer und bezahlbarer Kinderbetreuung sowie das Ehegattensplitting in seiner jetzigen Form.
9. Arbeitszeitgesetz modernisieren: Höchstarbeitszeitgrenze von täglicher auf wöchentliche Bemessung ändern und Ausnahmen bei Ruhezeiten zulassen

Infrastruktur ist das Rückgrat moderner Gesellschaften – ihre Qualität und Zugänglichkeit prägen das Leben der Bürger*innen und die Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften.

10. **Reform der Schuldenbremse** zugunsten von Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Digitalisierung und Bildung:
 - d. Generationengerechtes Haushalten bedeutet nicht nur, den künftigen Generationen möglichst wenig Schulden zu hinterlassen, sondern auch, ihnen keinen untragbaren Investitionsstau zu hinterlassen.
 - e. Eine Reform der Schuldenbremse bedeutet transparente Finanztöpfe statt diverse undurchsichtige Sondertöpfe.
11. Eine **zukunftsfähige digitale Infrastruktur**: Nur wenn der Breitbandausbau beschleunigt und wie Strom, Wasser oder Post Teil der Grundversorgung wird sowie die Mobilfunk-Netzabdeckung auch in der Fläche gewährleistet ist, können Unternehmen das volle Potential neuer digitaler Dienste, Technologien und Anwendungen nutzen.

MINT-Kompetenzen sind der Puls der deutschen Wirtschaft.

12. Frühzeitige und nachhaltige **Verankerung von MINT und Digitalisierung** in der gesamten Bildungskette, sprich von der frühkindlichen Bildung über die schulische und berufliche Bildung bis hin zur Hochschulbildung und lebenslangem Lernen.
13. Investitionen in Bildung und Erziehung, die dazu beitragen, **Bildungsstereotype** und traditionelle Rollenzuschreibungen für Mädchen und Jungen zu durchbrechen. Dazu gehört auch, den Anteil von Mädchen und jungen Frauen in MINT- und IT- Fächern und Berufen zu erhöhen, damit sie als gleichberechtigte Gestalterinnen an digitalen und technischen Entwicklungen mitwirken, die unser Zusammenleben bestimmen.
14. **Innovation**: Mehr kostengünstige staatliche Sicherheiten, die explizit (frauengeführte) KMU bei der Vergabe von Krediten fördern, um dadurch zudem bessere Konditionen für Unternehmerinnen bei Banken zu generieren.

Eine umfassende Steuerreform als Zeichen von Gestaltungswillen und Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit.

15. Eine **umfassende Steuerreform**, die Unternehmen entlastet und Bürger*innen mehr Netto vom Brutto übriglässt:
 - a. Absenkung der Steuern für Kapitalgesellschaften von aktuellen 30 % auf mindestens OECD-Durchschnitt von 23 %.
 - b. Vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags.
 - c. Regelmäßige Abmilderung der kalten Progression durch Erhöhung des Grundfreibetrags und eine Änderung des Tarifverlaufs.

Über den VdU

Der Verband der Unternehmerinnen in Deutschland e. V. (VdU) vertritt seit 1954 als Wirtschaftsverband branchenübergreifend die Interessen von Unternehmerinnen mit unterschiedlicher Unternehmensgröße in Politik und Gesellschaft. In besonderem Maße zeichnet uns die Verbindung von unternehmerischer Interessenvertretung und gleichstellungspolitischer Lobby aus.

Bei Fragen wenden Sie sich an:

Inken Patermann

Leiterin politische Kommunikation

inken.patermann@vdu.de

Tel +49 30 200 59 19 19

Verband der Unternehmerinnen (VdU)

Glinkastraße 32

10117 Berlin

Tel +49 30 200 59 19-0

info@vdu.de

www.vdu.de